Sauerländisches Volksblatt

Ältester Anzeiger für das Sauerland — SV — Gegr. 1840. — **Amtliches Kreisblatt des Kreises Olpe**

Das „S. V." erscheint jeden Werktag früh. Der monatliche Bezugspreis ist freibleibend, die Einzelnummer kostet 15 Goldpfg. Bestellungen nehmen alle Postanstalten entgegen. Störungen durch höhere Gewalt und Ausstand rechtfertigen keine Ersatzansprüche. Geschäftsstellen: Frankfurterstr. Nr. 16 und Bahnhofstr. Nr. 3. — Fernruf 2. — Postscheck-Konto Köln Nr. 10158.

Anzeigenpreise: 1 Millimeter Höhe im Ortsverkehr 8 Goldpfg., f. Auswärtige 10 Goldpfg., Reklamen 40 Goldpfennig; Offertengebühr 25 Goldpf., umzurechnen nach dem am Tage der Zahlung gültigen Berliner Dollar-Kurs. Zahlbar bei Aufgabe, spätestens 3 Tage nachher, andernfalls Verzugszinsen berechnet werden. Eventuell gewährter Rabatt gilt nur als Kassenrabatt.

Nr. 34 — Olpe, Samstag, den 9. Februar 1924. — 84. Jahrg.

Artikel 1 des französischen Ermächtigungs-Gesetzes angenommen.

Wer ist der Schuldige an der Besetzung des Rheinlandes?

Krach.

Die unseligen Tage, als in Versailles an dem selben Orte wo einst nach siegreichem Waffengang des deutschen Reiches Schmied die Gründung des deutschen Reiches vollendete die leitenden Staatsmänner unserer Feinde zusammentraten, um den „Friedensvertrag" mit Deutschland festzulegen treten gerade jetzt wieder recht eindringlich in unsere Erinnerung. Vor einigen Tagen ist Wilson gestorben, der Mann, der wie wir anläßlich seines Todes genauer ausführten, ganz jämmerlich das deutsche Volk betrogen hat, da keine seiner dem deutschen Volke in den 14 Punkten seiner Proklamation gemachten Versprechungen in dem Schand- und Lügenprodukt, das sich Versailler Friedensvertrag nennt, gehalten ist. Das Urteil, das die Geschichte über Wilson abgibt, wird stets ein recht vernichtendes sein. Daran ändert auch nichts der gerade an Wilsons Sterbetage bei Paul List erschienene von Wilsons Pressechef Baker bearbeitete 3. Band der Wilsonschen Erinnerungen der Friedensverhandlungen in Versailles, in denen Wilson als der ahnungslose Idealist erscheint, der mit guten Absichten, bepackt mit Kisten voll Dokumenten und Landkarten, nach Europa gekommen ist. Aber deutlich tritt doch auch Wilsons Unfähigkeit zu seiner Aufgabe, Europa den Frieden zu bescheren, hervor, da diese Erinnerungen klar zeigen, wie er absolut den anderen Staatsmännern nicht gewachsen war, mit denen er sich an einen Tisch setzte, und gegenüber dne französischen Machtpolitikern absolut kein Rückgrat zeigte, es nicht verstand sein Deutschland gegebenes Wort auf das hin Deutschland sich zur Friedensschließung bereit erklärte und die Waffen aus der Hand legte, einzulösen. In ihnen kann man deutlich verfolgen, wie er Schritt für Schritt das Feld den Machtpolitikern preisgab, wie er einen Punkt nach dem anderen dem Machthabedürfnis und dem Hasse der französischen Machthaber opferte. Der erbitterte Kampf wurde um den deutschen Rhein geführt. General **Foch** forderte, wie aus den Wilsonschen Memoiren deutlich hervorgeht den Besitz des Rheingebietes mit außerordentlichem Nachdruck. In einer dort angeführten Denkschrift des französischen Generalissimus heißt es dort wörtlich: **„Die „Wacht am Rhein" muß von nun an zum Kampfruf Frankreichs werden! In Zukunft sollte der Rhein die westliche militärische Grenze der deutschen Länder werden.** In Zukunft sollte man Deutschland aller Zugänge und Aufmarschgebiete, d. h. jeder **territorialen Oberhoheit auf dem linken Ufer des Stromes berauben,** mit anderen Worten, jeder Möglichkeit eines raschen Eindringens wie 1914 in Belgien und Luxemburg, um die Nordseeküste zu erreichen und die vereinigten Königreiche zu bedrohen, um die natürlichen Verteidigungsmittel Frankreichs, Rhein und Mosel, zu flankieren, die nördlichen Provinzen zu erobern und in das Pariser Gebiet einzudringen. Dies ist für die Gegenwart und die nahe Zukunft eine unerläßliche Garantie für den Frieden wegen:

1) der materiellen und moralischen Lage Deutschlands,

2) seiner numerischen Ueberlegenheit gegenüber den demokratischen Ländern Westeuropas.

Es ist darauf hinzuweisen, daß es Sache des Friedensvertrages ist, den Status der Bevölkerung des linken Rheinufers, soweit diese nicht in die französischen oder belgischen Grenzen einbezogen wird, festzusetzen. Aber welche Form diese Organisation auch annehmen mag, sie muß, wie folgt, die oben dargelegten wesentlichen militärischen Faktoren in Rechnung ziehen:

1) Die völlige Verhinderung des Zutritts deutschen Militärs und politischer Propaganda in die Gebiete des linken Rheinufers, vielleicht sogar den Schutz dieser Gebiete durch militärisch neutrale Zonen auf dem rechten Ufer;

2) Die Sicherstellung der militärischen Besetzung der Gebiete des linken Rheinufers durch alliierte Streitkräfte,

3) Die Sicherung der für die wirtschaftliche Aktivität der Gebiete des linken Rheinufers notwendigen Ausgänge, in dem man sie mit den anderen wesentlichen Staaten zu einem gemeinsamen Zollsystem zusammenschließt.

Unter diesen Bedingungen und in Uebereinstimmung mit den von allen anerkannten Grundsätzen der Freiheit der Völker ist es möglich, an die **Errichtung neuer autonomer Staaten** auf dem linken Rheinufer zu denken, die sich mit den oben dargelegten **Einschränkungen** selbst verwalten, eine Einrichtung, die unter dem Beistand einer starken natürlichen Grenze des Rheins, das einzige Mittel sein wird, um den Frieden Westeuropas zu sichern."

Wilson konnte sich in diesem Ringen nicht gegen Clemenceau durchsetzen, er stimmte zu. Aus dieser Zustimmung aber floß all das Elend, das sich seitdem über Deutschland ergoß. Unsägliches Elend, unsagbare Bedrückungen mußte die deutsche Bevölkerung erdulden. Das Verbrechergesindel der Separatisten quälte unter französischem Schutze das deutsche Volk. Frankreich aber blähte sich auf Kosten Deutschlands militärisch auf, so weit daß es sich zur größten Militärmacht Europas entwickelte, so daß es sogar England militärisch über den Kopf wuchs. Dadurch aber kam England erst zum Bewußtsein, welch großen Fehler es gemacht hatte. Als nun die ungeheuren wirtschaftlichen Schädigungen Deutschlands durch diese französische Haßgeburt auch in ihren Rückwirkungen die Siegerländer selbst bedrückten, da wurde es den noch lebenden für das Diktat und seine Folgen verantwortlichen Weisen selbst angst und bange vor dem, was sie angerichtet hatten. Sollen schon Wilsons Erinnerungen gleichsam eine Verteidigung für das Vorgehen Wilsons darstellen so hat dies Bedürfnis einer Rechtfertigung in England, das sich durch den Versailler Friedensvertrag die Schlange am eigenen Busen großgezogen hat, die ihm nun gefährlich zu werden droht, schon lange das Bedürfnis ergeben, der Opposition im eigenen Lande gegenüber schon, den Nachweis zu erbringen, daß es an diesen Zuständen, die infolge dieses Schmachprodukes von Versailles eingetreten sind, unschuldig ist. **Lloyd George**, einer der Männer, die in Versailles von entscheidendstem Einfluß gewesen hat die aus dem Versailler Diktat und besonders aus der Rheinbesetzung erwachsene ungeheure Macht Frankreichs schon lange Jahren energisch bekämpft, hat Frankreichs Gewaltpolitik in England, in Amerika und in sonstigen Auslandszeitungen energisch bekämpft und sehr scharf verurteilt. Insbesondere ist er dem entgegen getreten, daß Frankreich das ausführende Organ der Alliierten sei, daß es allein praktisch Deutschland gegenüber das Versailler Diktat durchführen müsse und daß es sinngemäß dies tue. Die englische Regierung hat da diese „Durchführung" des Versailler Diktates Frankreich eine so ungeheure Machtfülle in militärischer wie wirtschaftlicher Hinsicht brachte, so daß es Frankreichs Macht für England bedrohlich wurde, seine Politik, wenn auch in feinerer Form in derselben Linie gehalten und glaubte dadurch seine Stellung im diplomatischen Kampfe zu retten oder sogar noch verbessern zu können. **Frankreich** kam diese englische Politik höchst ungelegen, raubte sie ihm doch auch jeden Schein von einem Rechtsboden bei seinem Vorgehen. Es hatte daher, besonders als die Isolation Frankreichs so glänzende Fortschritte machte, als auch im neutralen Auslande sich Stimmen gegen sein Vorgehen erhoben und als auch nach all den getäuschten Hoffnungen seiner Bewohner nach dem wirtschaftlichen Fiasko durch das Ruhrabenteuer im Innern sich die größten Schwierigkeiten erhoben, da glaubte es durch die Veröffentlichung eines Gelbbuches mit Dokumenten über die zwischen Wilson, Clemenceau und Lloyd George gepflogenen Verhandlungen seine Ehre und sein Recht verteidigen zu können; zu dieser Veröffentlichung aber mußte als Beteiligter **Lloyd George** seine Zustimmung geben. Dieser aber machte das heimliche Spiel nicht mehr mit. Er nahm **seine Flucht in die Oeffentlichkeit** und klagte Wilson und Clemenceau an, daß sie ihn, ihren angeblichen Gegner in der Besatzungspolitik nach seiner Rückkehr von seinem unfreiwilligen Aufenthalt in London durch ein Geheimabkommen überrumpelt haben und er selbst vor vollzogene Tatsache gestellt worden sei. Das ist eine furchtbare Enthüllung die in Paris ungeheures Aufsehen erregte. Sofort wurde vom Quai d'Orsay der amtliche Dementierungsapparat in Bewegung gesetzt. Tardieu, der bekanntlich den tätigsten Anteil an der Ausarbeitung des Versailler Vertrages genommen hat, hat sich darauf beschränkt, dem Vertreter von Havas folgende kurze Erklärung zu geben, indem er ihn ermächtigte, sie zu veröffentlichen:

Das ist eine **reine Lüge**. Es hat kein Geheimabkommen zwischen Wilson und Clemenceau gegeben. Lloyd George ist von unseren Besprechungen nichts unbekannt gewesen.

Wer hat nun gelogen? Tardieu oder Lloyd George. Einer sicher. Nun kommt noch das Tragikomische. Lloyd George hat, wie aus den Zeitungsmeldungen hervorgeht, die einzigen Originalakten, die Frankreich nach London geschickt hat, in der Hand, er hat sie nur durch Zufall erhalten, als das Foreigne Office durch den Kabinettswechsel verwirrt war und man nicht wußte an wen man sie geben sollte. Und anscheinend weigert er sich sie jetzt herauszugeben. Zudem erläßt er selbst ein Dementi der ersten Meldung. Er redet von einem **Mißverständnis** des Journalisten Aber näher und egakt berichtigt er dies nicht, was bei der Aufregung die diese Enthüllungen hervorgerufen haben, sicher notwendig gewesen wäre. Ehe man ein Urteil hierüber fällen kann, bleibt die für Sonntag angekündigte längere Darstellung Lloyd George abzuwarten. Inzwischen aber hat der Krach der zwischen den Vätern des Versailler Vertrages ausgebrochen ist, aber auch schon politische Folgen gehabt. Er hat der Welt **die Augen geöffnet,** mit welchen Mitteln in Versailles gearbeitet ist. **Einer der hauptverantwortlichen** für das angebliche große Heilswerk des Versailler Diktates **leugnet vor aller Welt seine Verantwortung, schämt sich also dieser Verantwortung, der furchtbaren Verantwortung** für ein Dokument, daß wahrhaftig nicht Heil und Frieden und Ruhe, sondern entsetzlichen Wirrwarr und himmelschreiende Not und beängstigende Unsicherheit heraufbeschworen hat. Wer wagt angesichts dieser Tatsache, noch skrupellos den Versailler „Vertrag" als das einzige, unabänderliche, unantastbare, sakrosankte Werkzeug der europäischen Politik anzusehen. Gerade hier bietet sich ein Anknüpfungspunkt für die Tätigkeit der deutschen Propaganda und der deutschen Diplomatie, um das Schmachwerk von Versailles, das uns knechtet, aus den Angeln zu heben, um die Meinung der Welt für uns umzustimmen, um dadurch Vorarbeit zu leisten, daß der deutsche Rhein der welschen Ketten ledig wird.

Eine andere Folge dieses Krachs ist die augenblickliche weitere Spannung in den englisch-französischen Beziehungen, die dadurch verschärft ist, wenn auch England durch den Entschuldigungsbesuch seines Botschafters die äußere Form gemacht hat. Frankreich aber sollten diese Ereignisse ein Menetekel zurufen. Es zeigt sich auch hier bei den Vätern des Schmachdiktates von Versailles:

„Daß eben ist der Fluch der bösen Tat,
Daß sie fortzeugend Böses muß gebären.

Dr. W.

Tardieu zu Lloyd Georges Enthüllungen.

WTB Paris, 7. Febr. Zu dem Interview Lloyd Georges mit dem Vertreter des Newyork World äußert sich Andre Tardieu, der intime Mitarbeiter Clemenceaus bei den Friedensverhandlungen, im Echo nationale es habe niemals ein Geheimabkommen zwischen Clemenceau und Wilson gegeben. Alle französischen Vorschläge und Noten über das linke Rheinufer seien **stets Lloyd George und Wilson gleichzeitig übergeben** worden. Der Wortlauf des Standpunktes, den Wilson am 20. April, abends 6 Uhr in einer Unterredung mit Clemenceau und ihm (Tardieu) eingenommen habe, sei nach 4 bis 7 Tagen in den Händen Lloyd Georges ebenso wie Wilsons gewesen. Es sei der gleiche Text gewesen, den Lloyd George, der am 20. April von Paris abwesend gewesen, am 22. April, vormittags nach kurzem Widerstande angenommen habe. Die in Frage stehenden Bestimmungen hätten die Artikel 428 und 432 des Friedensvertrages abgegeben. Es sei entweder albern oder böswillig oder beides zugleich, wenn man ein Produkt, das nach 14 Tagen in den Händen der englischen und ebenso der amerikanischen Delegation gewesen sei, und des infolge der Abwesenheit Lloyd Georges die **Zustimmung Wilsons 36 Stunden früher als die Lloyd Georges** gefunden habe, ein **Geheimabkommen nenne.** Wenn Wilson noch lebte, würde er nicht anstehen, ebenfalls zu dementieren. Die legalen Bürgschaften, die die französischen Unterhändler für Frankreich am Rhein verlangt hätten, seien von ihnen erst nach Monaten furchtbarer Kämpfe erreicht worden, aber es sei ihr Triumph, sie unter Wahrung der Loyalität gegenüber allen Alliierten erreicht zu haben.

Lloyd George gibt dem Foreigne Office keine Antwort.

WTB London, 8. Febr. Zu der telegraphierten Erklärung Lloyd Georges veröffentlicht das Auswärtige Amt gestern abend eine **Feststellung,** wonach es ihm zur Kenntnis gebracht worden sei, daß die französische **Regierung beabsichtige, ein Gelbbuch mit gewissen Schriftstücken vorzubereiten, die mit der Abfassung der Artikel 428 bis 431 des Versailler Vertrages** im Zusammenhang stehen. Die britische Regierung wurde um ihre Zustimmung zu dieser Veröffentlichung ersucht. Das Auswärtige Amt entschied sich dahin, daß es ein Gebot der Höflichkeit sei, vor der Antwort an die französische Regierung **Lloyd Georges wegen seiner engen Verbindung mit den Friedensverhandlungen von den Vorschlägen in Kenntnis zu setzen.** Es wurde daher am 25. Januar ein Brief an den Sekretär Lloyd Georges gerichtet mit der Anfrage, ob Lloyd George etwas gegen die Veröffentlichung einzuwenden habe. Das Auswärtige Amt fügt zu dieser Mitteilung hinzu, daß **keine Antwort** eingegangen sei, und daß der beste Beweis dafür, daß der Brief an Lloyd George gelangt sei, die gemeldete Unterredung sei.

Neue Erklärung Lloyd Georges.

hWTB **London,** 8. Febr. Lloyd Georges Enthüllungen nahmen in der Presse weiter den Hauptplatz ein. Der Sonderberichterstatter des Star ist von Lloyd George zu der Mitteilung ermächtigt, daß **Lloyd George eine volle Antwort auf das Interview mit dem der Newyork Standard, das er niemals gewährt habe, veröffentlichen werde. Die Erklärung,** die der Mitarbeiter des amerikanischen Blates Lloyd George in den Mund legt, wonach er **niemals Vorschläge** gesehen habe, die Frankreich **die Kontrolle des Rheinlandes für 15 Jahre geben,** sei absurd. Der Berichterstatter des amerikanischen Blattes habe nach Amerika einen **verworrenen** Bericht über eine Privatunterredung gekabelt. Lloyd Georges gesamte Auffassung bezüglich der Rheinlande und der französischen Garantien sei im Frühjahr 1921 als parlamentarisches Weißbuch veröffentlicht worden, in dem seine eigenen Vorschläge genügend klargemacht worden seien. Wie die Blätter melden, hat Macdonald Lord Crewe angewiesen, heute bei Poincare vorzusprechen, um eine persönliche Erklärung abzugeben und alle falschen Eindrücke, die vielleicht geschaffen worden seien, zu beseitigen. Heute wird die weitere Tatsache bekannt, daß **Lloyd George, das einzige Exemplar der ungemein wichtigen französischen Dokumente besitze, welche dem Foreign Office zugegangen waren und daß Macdonald den Inhalt nicht kenne.** Lloyd George sei zum **zweiten Male ersucht** worden, die Dokumente zurückzugeben. Das Foreign Office habe keinen politischen Leiter gehabt, als die Dokumente Lloyd George übersandt wurden, da dies gerade an dem Tage geschehen sei, als Macdonald die Geschäfte von Baldwin übernahm. Dem diplomatischen Mitarbeiter der Evening News zufolge sehe die Regierung die durch das Lloyd George Interview geschaffene Lage als sehr ernst an wegen der schädigenden Wirkung, die sie auf die Beziehungen zwischen England und Frankreich haben könnten.

Die heikle Lage.

Meldung des Wolff'schen Telegraphenbüros.

Paris, 9. Febr. (Drahtb.)

Havas will aus hochoffiziösen Kreisen erfahren haben, man sei der Auffassung, daß durch die **Veröffentlichung auch nur eines Teils der Lloyd George übermittelten Dokumente ohne Zustimmung Poincares eine äußerst heikle Lage** geschaffen würde. Es wird hinzugefügt, daß das **Foreign Office Lloyd George von neuem aufgefordert** habe, die in Frage kommenden **Dokumente unverzüglich zurückzuschicken.**

Der Entschuldigungsbesuch des britischen Geschäftsträgers bei Poincare.

Meldung des Wolff'schen Telegraphenbüros.

WTB Paris, 9. Febr. (Drahtb.)

Der britische Geschäftsträger hat sich gestern zum Quai d'Orsay begeben, um das Bedauern seiner Regierung über das von der Newyorker World veröffentlichte Interview zum Ausdruck zu bringen.

Ein Brief Macdonald's an Poincare.

WTB Paris, 8. Febr. Wie Havas meldet, soll **Macdonald** an Poincare einen Brief geschrieben haben, in dem er ihm sein Bedauern über den von Lloyd George hervorgerufenen Zwischenfall ausdrückt, für den er nicht verantwortlich sei.

Die französische Antwort an England in der Pfalzfrage.

WTB Paris, 8. Febr. Havas meldet aus London: In offiziellen Kreisen bestätigt man, daß die Antwort der Regierung in der Pfalzfrage vorgestern der französischen Regierung **übermittelt** wurde. Man wolle aber **nicht bestätigen, daß die Frage im Begriffe stehe, gelöst zu werden.** Man weigere sich, eine Erklärung über die Interpretierung abzugeben, man konstattere jedoch, daß die Atmosphäre ganz besonders gesund sei. Zum anderen halte man es aber für inopportun, Mitteilungen zu machen, die den Auseinandersetzungen Nahrung geben könnten.

Die englische Außenpolitik.

WTB London, 8. Febr. Die gesamte Presse veröffentlicht Angaben über die außen- und innenpolitischen Absichten der neuen Regierung. Danach soll die **Frage der französischen Schulden an Großbritannien erst behandelt werden, wenn die Regierung im Besitze der Berichte der Reparationsausschüsse sei. Es sei nicht die Absicht der Regierung,** diese Frage als eine abgesonderte anzusehen, sondern im Zusammenhange mit den anderen zwischen beiden Ländern bestehenden Fragen zu verhandeln. **Der Erstminister soll,** wie verlautet, **sehr bestrebt sein, ein Uebereinkommen zwischen Großbritannien und Frankreich** über eine Politik zu erzielen, die ein wirklicher und wirksamer Beitrag zur Begründung des europäischen Friedens sei. Sie sei bestrebt, die **Mitwirkung Amerikas zu erreichen** und die Sympathie und das Interesse der kleinen europäischen Nationen zu erhalten. Die Regierung würde bereit sein, eine **allgemeine Konferenz vorzuschlagen, den Völkerbund oder den Haager Schiedsgerichtshof anzunehmen oder irgend** eine Methode anzuwenden, die zu einer Lösung führen könnte. Aber es sei **noch kein Beschluß zu Gunsten der Einberufung einer Konferenz gefaßt worden. Der Eintritt Deutschlands und Rußlands in den Völkerbund** werde von der Regierung als **wünschenswert** angesehen. Es werde darauf hingewiesen, daß **Deutschland keinesfalls als untergeordneter Staat aufgenommen** werden soll. Die wünschenswerte Zusammenkunft zwischen Macdonald und Poincare werde nicht stattfinden, bevor **die Berichte der Reparationsausschüsse eingegangen** seien. Es sei einer der Hauptpunkte der Politik **Macdonalds, daß eine Abrüstungskonferenz stattfinden müsse.** Seit die neue Regierung zur Macht gekommen sei, seien die Beziehungen zwischen London und Paris von freundschaftlichem Charakter gewesen.

Das Ende der Untersuchungen

Die Untersuchungen der beiden Sachverständigenausschüsse sind nun im großen und ganzen beendet. Gemäß einer beiderseitigen Vereinbarung ist über die Besprechungen selber wie über das dabei gewonnene Ergebnis der Untersuchungen keinerlei offizielle Pressemitteilung ergangen. Man hat sich lediglich darauf beschränkt, über das Tatsächliche einige Mitteilungen zu machen und die zu den Verhandlungen herangezogenen deutschen Persönlichkeiten zu benennen.

Ueber das Schlußergebnis der Berliner Sachverständigenkonferenz läßt sich in diesem Augenblick noch nicht sonderlich viel sagen. Die Sachverständigen werden ihren Bericht erst in Paris feststetzen. Dieser Bericht wird den alliierten Regierungen zugeleitet und deren Vertreter der Reparationskommission werden die Entscheidung haben, ob sie diesen Bericht als Grundlage für ihre Entschließungen nehmen wollen oder nicht.

Man kann nun gewiß nicht verlangen, daß die ausländischen Sachverständigen — und es handelt sich wirklich um hervorragende und durchaus sachverständige Persönlichkeiten — in allem und jedem den Anschauungen Deutschlands über die Möglichkeiten der Sanierung der Währung und der Wiederherstellung der Zahlungs- und Leistungsfähigkeit Deutschlands zustimmen. Es ist ein offenes Geheimnis, daß über mancherlei und zum Teil sehr wichtige Fragen bestimmte Meinungsverschiedenheiten herrsche. So weiß man, daß die Sachverständigen, so vollkommen einig sie im **Prinzip** für das von dem Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht vorgelegte Goldnotenbankprojekt sind, doch in der Frage ihrer Gestaltung nicht unerheblich von der deutschen Auffassung abweichen. Während der Reichsbankpräsident diese Bank ausschließlich als eine **deutsche** Goldnotenbank konstruieren will, zumal sie ja in engster Fühlungnahme, ja in Personal-Union und in technisch-organisatorischer Gemeinschaft mit der **Reichsbank** stehen soll, sind die Sachverständigen in der Hauptsache für eine Regelung dahin, daß eine **internationale** Goldbank geschaffen werde, möglichst mit dem Sitz im Ausland. Ueber die Verbringung der Kapitalien der Goldnotenbank in das Ausland zur Sicherung der Geldgeber und über die Beteiligung der ausländischen Gläubiger in der Verwaltung und Kontrolle der Bank hat die Reichsregierung schon sehr weitgehende und unseres Erachtens völlig hinreichende Zusicherungen gegeben, jedoch ist über das Grundproblem des Charakters der kommenden Goldnotenbank im gegenwärtigen Augenblick noch keine Uebereinstimmung erzielt.

Eine weitere Meinungsverschiedenheit liegt auf dem Gebiet des **Steuerwesens**. Die ausländischen Sachverständigen sind der Auffassung, daß das gegenwärtige deutsche Steuersystem nicht allen gebotenen Ansprüchen genüge. Sie weisen besonders auf die Bestimmung des Versailler Vertrages hin, wonach Deutschland mindestens ebenso hohe Steuern seinen Bürgern auferlegen müsse a ls es bei dem stärkst belasteten Ententestaat der Fall ist. Man bemängelte auch die Steuerverteilung, und man legte weiterhin der Regierung nahe, die Einführung neuer Steuern zu erwägen. Hier werden sich Schwierigkeiten erheben, die in sehr sorgfältigen Beratungen, die nun auch innerhalb der Regierung selber gepflogen werden müssen, aufzuklären sein werden.

Grundsätzlich hat sich die Prüfung der Sachverständigen auf die allerdings außerordentlich schwierige Frage konzentriert, die **Einkommens- und Vermögensverhältnisse Deutschlands nach ihrem heutigen inneren Goldwert festzustellen**, um auf Grund dieser Prüfung einen Ueberblick darüber zu gewinnen, welche Steuern einerseits die Regierung nötig hat, um die öffentlichen Aufgaben zu bewältigen und welcher Bestandteil dieser Einkommen und Vermögen andererseits zur Abtragung der Reparationslasten herangezogen werden kann. Geht man diesen Fragen nach, dann kommt auf die allerschwierigsten und verwickeltsten Probleme, die noch mehr verwirrt werden durch die Zerrüttung unserer Finanzen, durch die Entwertung des Geldes, die einen festen Maßstab überhaupt nicht mehr zuläßt. Wenn man weiter darauf aufmerksam macht, daß bei der jetzigen sogenannten „Aufwertung" nur 10 Prozent des früheren Goldwertes und auch nur für ganz bestimmte dringliche Schulden in Frage kommen, sodaß also im Effekt diese Goldmarkbeträge zu 90 Prozent zusammengelegt werden, dann verwirrt sich das Problem noch um ein beträchtliches. Die 90prozentige Verarmung der deutschen Wirtschaft im gesamten wie der Staatsbürger, von wenigen Ausnahmen abgesehen, kann bei den Feststellungen unserer Zahlungs- und Leistungsfähigkeit nicht unberücksichtigt bleiben. Wir stehen einer ungeheuren Schwäche der inneren volkswirtschaftlichen Kraft gegenüber, die immer gekennzeichnet wird durch die Lauftraft der breiten Massen, und wir besitzen dabei doch keine Möglichkeiten, die Kosten des Produktionsprozesses zu verringern. Ganz im Gegenteil: Die betrieblichen Zusammenlegungen infolge der Kapitalnot wie überhaupt die gewaltige Zusammenschrumpfung der Kapitalkraft bedingen Arbeits- und Stellungslosigkeit, die ihrerseits die öffentlichen Geldmittel wieder ganz außerordentlich in Anspruch nehmen. Alle diese Dinge müssen bei einer objektiveren, sachgemäßen Beurteilung der deutschen Lage sehr wohl berücksichtigt werden. Das Gutachten, das die Sachverständigen jetzt abzugeben haben, wird zeigen, ob diesen Erfordernissen Genüge getan wurde.

Die Arbeit der Sachverständigen.

WTB **Berlin**, 7. Febr. Der erste Ausschuß trat heute vormittag zusammen, um das Arbeitsprogramm für den Rest seines Berliner Aufenthalts festzulegen. Die **Mitglieder des Ausschusses gedenken Berlin am Mittwoch, 13. Februar zu verlassen.** Die Mitglieder des Ausschusses für das Budget beschäftigten sich mit dem Studium der bereits vorliegenden Ergebnisse ihrer Untersuchungen und die deutscherseits gelieferten Auskünfte. Die **Eisenbahnsachverständigen** setzten sich gleichfalls mit dem für das deutsche Verkehrswesen maßgebenden deutschen Stellen in Verbindung. Sir Josia Stamp wird morgen eine eingehende Unterfuchung der deutschen Steuerlasten im Reichsfinanzministerium vornehmen.

WTB **Berlin**, 8. Febr. (Drahtb.)

Der Unterausschuß für Währungsfragen verhandelte heute weiter mit dem Reichsbankpräsidenten **Dr. Schacht** über die Frage **der Goldnotenbank. Der Unterausschuß für das Budget** hielt heute keine Sitzung ab. Die Mitglieder verweilten **mehrere Stunden im Finanzministerium** und nahmen dort **Einblicke in die Verwaltung der Reichssteuern. Der gesamte Ausschuß** trat dann zu einer **Vollsitzung** zusammen. Die **Eisenbahnsachverständigen** setzten die Beratungen mit den für das deutsche Verkehrswesen maßgebenden Stellen fort. Am Montag und Dienstag werden vom Ausschuß mehrere Vertreter der deutschen Wirtschaftsverbände der Banken, des Handels und der Industrie, sowie der Landwirtschaft und führende Männer der Arbeit gehört werden.

Mac Kenna nach London abgereist.

WTB **Berlin**, 8. Febr. Mac Kenna ist vormittags nach London abgereist. Er hinterläßt bei den zahlreichen Vertretern der Regierung und der Bankwelt die er im Verlaufe der Enquete gesprochen hat den Eindruck, daß er außerordentlich weitgehendes Verständnis für die Schwierigkeiten der deutschen Verhältnisse besitzt. Die übrigen Mitglieder seines Ausschusses werden voraussichtlich morgen abreisen. Was das von dem Komitee Dawes entworfene Projekt anlangt, so will es den **Sitz der künftigen deutschen Goldnotenbank ins neutrale Ausland verlegt wissen**, z. B. nach dem Haag, oder in die Schweiz und **eine Anlehnung an die Reichsbank vermeiden sehen.** Im übrigen scheint aber in den Hauptfragen ziemliche Uebereinstimmung zu bestehen.

Das Zusammentreten des ersten Sachverständigenkomites in Paris.

Meldung des Wolff'schen Telegraphenbüros.

Paris, 9. Febr. (Drahtnacht.)

Der Berliner Berichterstatter des Echo de Paris will erfahren haben, daß das erste **Sachverständigenkomitee in Paris am 18. 2. zusammentreten** werde, um die Diskussion über den Inhalt eines Berichtes eines Mitgliedes der Reparationskommission zu beginnen.

Deutsches Reich.

Der Reichswirtschaftsrat zur Wohnungsfrage.

Meldung des Wolff'schen Telegraphenbüros.

Berlin, 8. Febr. (Drahtnachricht.)

Der finanzpolitische Ausschuß des vorläufigen Reichswirtschaftsrats nahm heute einen Antrag an, der der Regierung empfiehlt, im Interesse der Gleichmäßigkeit der Regelung und damit der Einheitlichkeit des Wirtschaftsgebietes, die **Regelung des Wohnungswesens m ordentlichen Wege der Reichsgesetzgebung zu überlassen** und damit die **Förderung des Neubaues von Wohnungen zu berücksichtigen.** Die **Förderung** ist in der Hauptsache den **Gemeinden** zu überlassen. Zur Deckung des Bedarfs der Länder und Gemeinden ist diesen für die nächsten 2 Jahre ein **Zuschlag zu den Reichsvermögenssteuern in entsprechender Höhe einzuräumen.** Dabei ist auf die seit 1913 eingetretene Verminderung der Vermögen durch Staffelungen der Zuschläge Rücksicht zu nehmen. Zur Frage der Geldentwertungsausgleichs zugunsten des Reichs ist die **Ausgabe von Notgeld** beschlossen.

Der fragwürdige Generalstaatskommissar Kahr.

WTB **München**, 8. Febr. Im Verlaufe der gestrigen Landtagssitzung machte der sozialdemokratische Redner **Sänger** Mitteilungen über eine Broschüre des Staatsrechtlehrers an der Universität München **Rotenbucher.** Diese Staatsrechtslehrer führe in seiner Broschüre aus, daß **Kahr des Verbrechens des Hochverrats verdächtig sei, daß aber gegen ihn nicht vorgegangen werde, ja, daß er die Verfolgung seiner früheren Freunde betreibe.** Der Redner nannte dies Korreption und Skandal und fragte den anwesenden Justizminister, wie lange er diese Korruption zu ertragen gedenke. Rotenbucher sagte weiter mit Recht, daß **Kahr** mit seiner Behauptung am Abend des 8. November **gelogen** zu haben, bei dem Minister Glauben finde. Sein Zusammenwirken mit Hitler habe durchaus in der Richtung gelegen, die von Kahr der nationalsozialistischen Partei gegenüber beobachtet wurde. Wissentlich und absichtlich sei über die Gesetzesverletzungen hinweggegangen worden. Hitler habe landfriedensbrucharttige Handlungen und andere Gesetzesverletzungen begehen dürfen. **Kahr habe noch Paraden über bewaffnete Hitlerleute abgenommen.** Was sagt der Justizminister dazu, daß die **bayrische Staatsanwaltschaft ihre Hände schützend über Kapitän Ehrhardt hält, gegen den von der Reichsanwaltschaft ein Steckbrief erlassen worden sei,** mit dem sich aber Ludendorff öffentlich unterhalte und den außerdem als rechte Hand Kahrs gilt. Wenn die Bayrische Volkspartei mit Ehrhardt ihre Politik mache, könne freilich keine Ordnung in den Staat kommen.

Ablehnung des Donaumonarchiegedankens.

Meldung des Wolff'schen Telegraphenbüros.

München, 8. Febr. (Drahtb.)

In der Fortsetzung der politischen Aussprache im bayrischen Landtag setzte Abg. **Held** (B. V. P.) sich nochmals eingehend mit dem Sozialdemokraten Sänger auseinander, wobei er **neuerlich den Gedanken der Donaumonarchie entschieden ablehnte** und ferner erklärte, daß der **Kabinettschef des Kronprinzen Rupprecht entschieden bestreitet, der Kronprinz hätte 1917 ähnliche Bestrebungen verfolgt.**

Deutsch-polnische Verhandlungen beim Völkerbund.

WTB **Genf**, 9. Febr. (Drahtb.)

Am 11. 2. beginnt in Genf im Völkerbundssekretariat unter dem Vorsitz des brasilianischen Gesandten in Paris mit Herren des Rates für Minderheitsfragen in Polen eine **deutsch-polnische Verhandlung,** die die Frage der **Staatsangehörigkeit der Deutschen in Polen regeln** soll. Die Verhandlungen werden vorerst 14 Tage dauern.

Kirchliches.

Papstfeier in der Diözese Paderborn.

In dem neuesten kirchlichen Amtsblatt für die Diözese Paderborn findet sich folgender bischöflicher Erlaß:

Am 12. Februar ds. Js. kehrt zum zweitenmale der Jahrestag der Krönung Sr. Heiligkeit unseres glorreich regierenden Papstes Pius 11. wieder. Dieser Tag soll uns ein willkommener Anlaß sein, in besonderer Weise unsere Anhänglichkeit an die erhabene Person des Nachfolgers Petri nach außen hinzu bekunden und die heiligen Bande mit dem Apostolischen Stuhle enger und enger zu knüpfen. In unserer vom Geiste des Unglaubens und der Revolution erfüllten Zeit muß es uns eine doppelt heilige Pflicht sein, die Liebe zum Heiligen Vater, die warme Teilnahme an allem, was seine Unternehmungen zum Heile der ganzen Welt betrifft, in den Herzen der Gläubigen zu beleben und zu vertiefen. Wir Katholiken Deutschlands haben allen Grund, im Wetteifer der Gläubigen aller Nationen in den Kundgebungen der Liebe zu Papst Pius 11. in den vordersten Reihen zu stehen. Denn wir wissen ja, daß er vom Tage seiner Thronbesteigung an sich in Erweisen väterlicher Sorgfalt gegen uns geradezu erschöpft hat. Unermüdlich ist Se. Heiligkeit bis zur Stunde tätig gewesen, die ungeheure Not unseres armen Volkes durch reiche Spenden zu lindern, die Feindseligkeiten zwischen den Völkern zu beheben und einen Völkerfrieden auf gerechter Grundlage herbeizuführen.

So soll denn das Krönungsfest in der Diözese Paderborn im vollen Sinne des Wortes „der Tag des Papstes" werden, das Fest unseres geistlichen Vaters, gefeiert von allen seinen Kindern, jung und alt, hoch und niedrig, reich und arm, gefeiert mit den Gefühlen tiefster Ehrfurcht und aufrichtigster Liebe und Dankbarkeit.

Anordnungen und Richtlinien für die Feier.

1. Der Krönungstag ist am 11. Februar abends feierlich einzuläuten.

2. Am Sonntag vorher (10. Februar) ist in allen Pfarr-, Filial- und Klosterkirchen ein Amt mit Aussetzung des Allerheiligsten zu halten. Das Hochamt ist zu schließen mit Te Deum und sakramentalem Segen.

3. In allen Predigten dieses Sonntages ist das Papsttum zu behandeln und in besonderer Weise des jetzigen Heiligen Vaters zu gedenken. (Vgl. Fastenhirtenschreiben 1922.)

4. In allen Klassen der Volks- und höheren Schulen ist im Laufe der Woche vom 10. bis 17. Februar eine Religionsstunde ausschließlich der Lehre vom Oberhaupte der Kirche zu widmen, wobei das Leben und Wirken des gegenwärtigen Oberhauptes den Schülern und Schülerinnen in großen Zügen vorzuführen ist.

5. In allen Februarversammlungen der katholischen Vereine ist tunlichst eine den gegenwärtigen Verhältnissen entsprechende Papstfeier zu veranstalten; eine gemeinsame Papstfeier aller Vereine einer Gemeinde verdient den Vorzug.

6. Die Gläubigen sind aufzumuntern, am Sonntag, dem 10. Februar, und im Laufe der ganzen Woche recht zahlreich die heilige Messe zu besuchen und die heilige Kommunion zu empfangen und beide für den Heiligen Vater Gott aufzuopfern.

7. In allen Klöstern darf am 12. Februar oder am Sonntag vorher ein mehrstündiges Gebet mit Aussetzung gehalten werden, um den Segen des Himmels in reichstem Maße auf das Wirken des Heiligen Vaters herabzuflehen.

Paderborn, den 2. Februar 1924.

Der Bischof: † Kaspar.

Bischofsweihe.

)(**Köln**, 6. Febr. Der Herr Kardinal Erzbischof Dr. Schulte wird Sonntag, 24. Februar (Septuagesima) im Hohen Dome dem neuernannten Kölner-Weihbischof, Domkapitular **Joseph Hammels**, unter Assistenz des Herrn Bischofs Dr. Bornewasser (Trier) und des Weihbischofs Dr. Sträter (Aachen) die Bischofsweihe erteilen.

Der ewige Kampf.

10) Roman von **Karlfriedrich Baberadt.**

Den Höhepunkt erreichte die Neugierde der Lossumer aber, als Richard Steigerwald den Tochterhof vom Bruckschenhof aufsuchte und so in unmittelbare Beziehungen zu Heinz Potter trat. Zunächst freilich mußten Boersma und sein Anhang nicht recht, wie sie sich dieser neuen Tatsache gegenüber verhalten sollten. Man hatte dem Ingenieur natürlich von dem Amerikaner erzählt und es ist überflüssig, zu sagen, daß man kein gutes Haar an Potter gelassen hatte. Jetzt fürchtete man, Steigerwald könne es ihm hinterbringen, wie man Potter und Bruckschen verleumdet hatte. Und das wäre auf alle Fälle eine unangenehme Sache geworden, wenn Gerd Bruckschen die Verleumder zur Rede gestellt hätte. Aber Richard Steigerwalds immer fröhliches Gemüt war weit davon entfernt, solch finstere Pläne zu schmieden, und den Angeber des wohllöblichen Gemeinderates zu spielen, und so beruhigten die Lossumer sich wieder und beobachteten die Annäherung der beiden für sie so interessanten Männer mit einiger Zurückhaltung, etwa wie einen Ringkampf, bei dem die Gegner sich vorerst einmal kennen lernen wollen, denn daß es zum Kampf zwischen beiden kommen werde, war ihr unerschütterlicher Glaube, den sie auch nicht aufgeben wollten, als sie sahen, daß Steigerwald offenbar großes Gefallen an dem Amerikaner fand. Da der Ingenieur nebenbei auch seine Beziehungen zu den Lossumern sorglam pflegte, hielt man sein für Heinz Potter gezeigtes Interesse für eitel Heuchelei und gewissermaßen für eine Kriegslist.

Weder Richard Steigerwald noch Heinz Potter ahnten etwas von der Unruhe, die ihr bloßes Dasein in den Gemütern der Lossumer hervorrief. Als der Ingenieur zum ersten Male auf dem Vorwerk anklopfte, war Potter gerade dabei, seine neuen Schleusen zu prüfen. Der Techniker sah sogleich, daß der Gedanke gut war, wußte aber Ratschläge zu geben, wie man sie noch praktischer anlegen konnte. Heinz Potter nahm die Belehrung gern an und in der Folge fanden die beiden jungen Leuter so viel Gemeinsames, daß sie gern manche Stunde zusammen verplauderten und sich ihre Erlebnisse erzählten.

Richard Steigerwald, der selbst ein energischer, frisch zugreifender Mensch war, erkannte bald den gesunden Sinn, der in dem einfachen Landwirt steckte und seine große Tatkraft. Er freute sich der Großzügigkeit in Potters Wesen und beglückwünschte sich, daß er einen solchen Mann in Lossum gefunden hatte. Es war ihm für seine Pläne lieb und förderlich, denn alles, was Richard Steigerwald tat, entfloß kühler Berechnung. Er war natürlich nicht nach Lossum gekommen aus schwärmerischer Liebe für diesen Ort, auch nicht weil ihm der Menschenschlag hier besonders sympathisch war, sondern nur als Geschäftsmann. Er hatte seine Mission in Lossum zu erfüllen. Er war hergeschickt worden als ein Pionier; er sollte einreißen und wieder aufbauen und sollte eine Brücke schlagen von der alten zur neuen Zeit. Die Pfähle seiner Brücke sollten die Menschen sein und er mußte sie gewissenhaft prüfen, ob sie auch imstande wären, die Last zu tragen, die er über die Brücke hinüberschaffen wollte.

Am ersten Tage schon erkannte er, daß seiner eine schwere Zeit harrte, aber mit der ihm eigenen Geschmeidigkeit bahnte er sich überall Wege, schmale Pfade, kaum gangbar, wenn man Fuß vor Fuß setzte, die aber breiter werden würden, je öfter man sie beschritt. Zuerst hoffte er, durch Boersma und seinen Anhang das Ziel erreichen zu können, aber als er einmal von ungefähr eine Andeutung hatte fallen lassen, daß Lossum sich viel besser entwickeln könne, wenn es eine blühende Industrie erhalte, war er auf solche Widerstände gestoßen, daß er einsah, von dieser Seite hatte er nichts zu hoffen. Da knüpfte er die Bekanntschaft mit Heinz Potter an, und bei ihm fand er das Verständnis, das er vergebens gesucht hatte. „Ich dachte, Ihr Ortsvorsteher würde Luftsprünge machen vor Freude, wenn er das Wort Industrie hörte — aber im Gegenteil: geschimpft hat er, als habe man ihm mit dem Teufel gedroht", sagte Steigerwald zu Potter, „und seine Herren Gemeinderäte haben ihm wacker dabei geholfen."

Potter mußte lachen. „Das war vorauszusehen. Für das Neue sind die guten Lossumer nicht zu haben. Und nun gar die Industrie! Heimlich liebäugeln sie ja alle mit den Schätzen, die sie ihnen bringen würde, aber dennoch fürchten sie sich vor den Schlotten und Fördertürmen, die sie ja jetzt überall in der Umgebung entstehen sehen. Und noch mehr Angst haben sie vor den fremden Arbeitern, die ihnen die Industrie bringen würde. Zwar, die Krämer unter den Lossumern, Boersma und Stunzer und ihr Anhang, überschlagen vielleicht jetzt schon den Profit, den sie von dem fremden Volk haben könnten, aber die anderen, die Bauern wissen, daß Lossum heute eine reiche Gemeinde ist und daß der Reichtum bald schwinden würde, wenn ihr übermäßige Lasten aufgebürdet werden. Das dürfen Sie nicht vergessen und Sie müssen das Recht der Leute anerkennen, sich gegen Sie zu wehren."

„Das Recht! das ist leicht gesagt, wer aber will entscheiden, welches Recht größer ist: das, sich gegen Neue zu wehren, oder das, aus freiem Entschluß der Zukunft den Weg zu bahnen. Den Nachteilen stehen so außerordentliche Vorteile gegenüber, daß die Lossumer nur gewinnen können, wenn sich hier Industrie niederließe. Sehen Sie doch die Kreisstadt an: was war sie vor 25 Jahren? Ein Pfahlbürgerdorf, ein kaum gekanntes verschlafenes Nest! Und heute? Noch steht sie ja erst im Anfang ihrer industriellen Entwicklung, doch schon blüht sie mächtig auf. Die Zukunftsmöglichkeiten sind dort heute kaum zu berechnen, sage ich Ihnen."

Potter sann eine Weile nach, dann schüttelte er den Kopf. „Ich habe auch andere Farben in ihrem Bilde", sagte er. „Gerade die Kreisstadt kann ein abschreckendes Beispiel für uns sein. Ich habe die Leute hier oft darüber sprechen hören: früher galt der Landwirt dort noch etwas, er fühlte sich dort zu Hause, man kannte sich gegenseitig, vertraute einander und brauchte nicht jedem armseligen Geschäft nachzujagen. Es soll ein richtiges, stolzes Bauernstädtchen gewesen sein, wo man fest auf seinem Grund und Boden saß. Heute ist es eine Fabrikstadt mit all ihren Schattenseiten — das sagt alles! Das Leben teuer, die Menschen voller Falschheit, ja, wenn alle Lossumer so dächten wie Bruckschen."

Endlich, endlich war das Wort gefallen, auf das Richard Steigerwald mit allen Sinnen gewartet hatte: Bruckschen! Mit dem Aufgebot all seiner Selbstbeherrschung hatte er an sich halten müssen, damit nicht er es sei, der diesen Namen zuerst nannte. Selbst dieser kluge Amerikaner durfte nicht ahnen, wohinaus Richard Steigerwald wollte, aber er sollte der Führer sein, der ihn zu Gerd Bruckschen bringen mußte.

Hatte Steigerwald erst den Bruckschenhöfer auf seiner Seite, war ihm um seine Pläne und um das Schicksal Lossums nicht bange. So sehr ihn fieberte, nach all den Wochen endlich dicht vor dem Ziel des ersten Wegestückes zu stehen, so sehr überwand Richard Steigerwald seine Ungeduld auch jetzt. Ganz beiläufig und uninteressant klang es, als er fragte, wie denn der Bruckschenhöfer anders denke als die übrigen Lossumer. Warmherzig schilderte Heinz Potter die trefflichen Eigenschaften Gerd Bruckschens. Steigerwald wußte nun sicher, daß das der rechte Mann für ihn sei. Er gab seine Zurückhaltung auf.

„Es ist merkwürdig, daß ich den Bruckschenhöfer noch nirgends getroffen habe. Wahrhaftig, ich hätte Lust, ihn kennen zu lernen. Wollen Sie mich nicht bei ihm einführen? Ich möchte nicht so mit der Tür ins Haus fallen bei ihm."

„Gewiß, ich will Sie gern auf den Bruckschenhof führen, Herr, aber es ist nicht nötig. Gerd Bruckschen hat für Jeden ein Ohr, der es ehrlich meint. Gehen Sie einfach zu ihm, Sie finden ihn immer zu Hause. Ihn und seine Tochter. Die Bäuerin ist schon lange tot. Sprechen Sie ohne Scheu von Ihren Plänen, denn daß Sie mit bestimmten Plänen zu ihm kommen, glaube ich sicher . . ."

(Fortsetzung folgt.)

Ausland.

Der Artikel 1 des Ermächtigungsgesetzes von der französischen Kammer angenommen.

Meldung des Wolff'schen Telegraphenbüros.

Paris, 8. Febr. (Drahtnachr.) Die französische Kammer hat heute Abend nach einer recht stürmischen Sitzung den gesamten **Artikel 1 des Ermächtigungsgesetzes** mit 329 gegen 207 Stimmen angenommen.

* Diese Annahme des gesamten 1. Artikels bedeutet praktisch die Annahme des Ermächtigungsgesetzes, da dieser Artikel 1 der Regierung eine **Generalvollmacht** gibt.

Vertrauensvotum für Poincare.

WTB Paris, 8. Febr. In der heutigen Kammersitzung wurde die Debatte über das Ermächtigungsgesetz fortgesetzt. Am Schlusse der Aussprache stellte Ministerpräsident **Poincare die Vertrauensfrage.** Der sozialistische Abgeordnete Varenne stellte fest, daß durch dieses Gesetz der Grundsatz der Dekrete angenommen werde. **Mit 333 gegen 205 Stimmen wurde schließlich der Text genehmigt.**

Zwischenfälle bei der Abstimmung.

Während der öffentlichen Abstimmung in der Kammer über den von Herriot gestellten Antrag den zweiten Teil des Artikels 1 der Steuergesetze der den Grundsatz des Ermächtigungsgesetzes darstellt, von der Beratung auszuschließen, ist es zu **lärmenden Kundgebungen** gekommen. Die Kammer verlangt, daß für die öffentliche Abstimmung auf der Tribüne, eine Stunde Zeit gelassen wird. Als das Ergebnis der Abstimmung (253 gegen 16 Stimmen) bekannt wurde, wurde von der linken Seite lärmend **„Demission"** geschrien. Poincare erklärte, da die absolute Mehrheit 316 sei, müsse er feststellen, daß die Beschlußfähigkeit erreicht sei, denn von 269 Deputierten, die abgestimmt haben müßten die **50 Deputierte** hinzugezählt werden, die den Antrag Herriot unterschrieben hätten. Es hätten also 319 Abgeordnete an der Abstimmung teilgenommen. Die Sitzung wurde hierauf auf heute nachmittag vertagt. Man nimmt übrigens an, daß die gestrigen Vorgänge noch ein Nachspiel haben werden.

Vor dem Empfang des deutschen Botschafters in Paris.

Meldung des Wolff'schen Telegraphenbüros.

Paris, 8. Febr. (Drahtb.)

Der französische Ministerpräsident wird wahrscheinlich morgen den neuen deutschen Botschafter von Hösch zur Entgegennahme seines Beglaubigungsschreibens empfangen.

Die Beisetzung Wilsons.

WTB Washington, 7. Febr. In der Peter-Paulkathedrale wurde Wilsons Leiche unter höchsten Ehrenerweisungen beigesetzt. Präsident Coolidge, die Mitglieder des Kabinetts und das diplomatische Korps nahmen an der Feier teil. Die Regierungsbureaus sowie Handel und Industrie des ganzen Landes hatten die Arbeit für kurze Zeit als Zeichen der Trauer eingestellt.

Die mexikanischen Revolutionäre auf der Flucht

Meldung des Wolff'schen Telegraphenbüros.

Paris, 9. Febr. (Drahtb.)

Nach einer Newyorker Meldung der Associated Preß aus Brownsville hat General Huerta die **Hauptstadt der revolutionären Regierung nach Tuxpan** verlegt. Die revolutionären Truppen hätten bereits Vera Cruz verlassen und würden mit der Eisenbahn nach Tuxpan befördert.

Eine deutsche Luftlinienkonzession in der Türkei.

Meldung des Wolff'schen Telegraphenbüros.

Paris, 9. Febr. (Drahtbericht.)

Aus Konstantinopel wird gemeldet, eine **deutsche Gesellschaft habe eine Konzession zur Errichtung einer asiatischen Luftlinie erhalten**, die zweimal wöchentlich zwischen Konstantinopel und Angora verkehren soll.

Amerikanische Bergwerkskatastrophe.

WTB Newyork, 8. Febr. Aus Rosby im Staate Minnesota wird gemeldet: 42 Bergleute sind in eine, Manganbergwerke infolge einer Ueberschwemmung ertrunken.

Ortsnachrichten aus dem Kreise Olpe.

Olpe, 9. Febr.

☞ **Der Rheinfilm.** Ein hervorragendes Erzeugnis der deutschen Filmkunst ist der Kulturfilm „Der Rhein in Vergangenheit und Gegenwart", dessen Vorführung gestern abend zum ersten Male in den Kaiserhof-Lichtspielen stattfand. Historie und Sage, Geographie und Kulturgeschichte, Volks- und Wirtschaftskunde und nicht zuletzt die moderne Filmtechnik vereinigten sich, um dieses Meisterwerk lehrreich, interessant und eindrucksvoll zu gestalten. Der Rheinstrom mit seinen Bergen und Burgen, die Städte des Rheinlandes mit ihren Mayern und Domen, die Ufer mit ihrem rebenumkränzten Gelände, die große Industrie und der Riesenverkehr des Rheinlandes ziehen am Zuschauer in prächtigen Bildern vorüber. Von der Rheinquelle bis zum Meer erklingt das hohe Lied des ewig jungen, deutschen Rheins.

!! **Hagener Schauspielhaus.** Die ungünstigen Witterungsverhältnisse haben Erkrankungen im Personal zur Folge gehabt, die die Erst-Aufführung von „Katja, die Tänzerin" im letzten Augenblick unmöglich und eine Verschiebung um 8 Tage erforderlich machen. Am Samstag, dem 9. Februar wird die Operette „Die Schönste der Frauen" wiederholt, die beim Publikum großen Anklang gefunden hat.

:: **Neue Gebühren für telegraphische Geldaufträge.** Für telegraphische Aufträge des Geldverkehrs erhebt die Post jetzt neben den Gebühren für Postanweisungen, Zahlkarten oder Auszahlungen im Scheckverkehr bei Postanweisungen für je 300 Rentenmark und bei Zahlkarten, Ueberweisungen und Zahlungsanweisungen für je 1000 Rentenmark die Gebühr für ein Telegramm bis zu zwanzig Wörtern. Im Scheckverkehr sind die Gebühren niedriger, weil auch die Selbstkosten geringer sind. Zutreffendenfalls werden noch die Gebühren für die Beförderung des Telegramms als eingeschriebener Brief erhoben. Bei der Einzahlung von Rentenmarkpostanweisungen und von Zahlkarten können jetzt allgemein die Spitzenbeträge von Rentenpfennigen in Papiermark eingezahlt werden, wenn Rentenpfennige nicht zur Verfügung stehen.

?? **Reisesparkarten.** Um Minderbemittelten, besonders auch der Jugend die Anschaffung von Reisesparkarten der Reichsbahn möglichst zu erleichtern, werden neben den bisherigen Reisefahrkarten von 2 und 5 Mark auch solche von 1 Mark ausgegeben werden, die auf braunem Papire hergestellt sind.

Provinzielles

* **Marienheide**, 6. Febr. **Vom Zug überfahren** wurde gestern abend um 6 Uhr auf der Strecke Marienheide—Holzwipper ein etwa 20—25jähriges Mädchen, das man einige Stunden später tot auf den Schienen vorfand. Die Personalien der Toten konnten bisher noch nicht festgestellt werden. Sie hat dunkles Haar und trug einen hellgrauen Mantel mit grünen Aufschlägen, schwarzen Velourhut, schwarze Halbschuhe, schwarze Strümpfe und dunkelblaue Wollsacke mit gelbem Rand. Etwaige nähere Angaben sind an das Polizeibureau in Marienheide zu richten.

* **Köln**, 7. Febr. In der **hauptversammlung** des rheinischen Bauernvereins — im überfüllten Saale der Bürgergesellschaft — waren Vertreter der Regierung, der Stadtverwaltung, der Landwirtschaftskammer, des Trierschen Bauernvereins, des Landeshauptmanns, des Landesfinanzamtes und eine Anzahl Parlamentarier anwesend. Nach dem Geschäftsbericht gehören dem Verein an 159 Wirtschaftsverbände, 30 Bürgermeistereien und 40 Kreisbauernschaften. **Freiherr von Loe** bezeichnete die wirtschaftliche Lage des Bauernstandes als besonders traurig. In mehreren Entschließungen wurde gefordert: sofortiger Schutz der Produktionskraft der deutschen Landwirtschaft, ausreichende Schutzzölle. Sperrung der Ausfuhr von Obst und Gemüse. Herabsetzung der staatlichen Grundsteuer und Einführung von Rentenbankkrediten unter Vermeidung des wucherischen Kettenhandels von den Banken.

h **Düsseldorf**, 7. Febr. (Drahtnachricht.) Einbrecher versuchten heute nacht durch Anbohren der Decke in den Kassenraum der Stadthauptkasse einzudringen. Ihr Vorhaben ist ihnen aber noch gegückt, da sie durch eine Patrouille gestört wurden. Sie ließen ihr Diebeshandwerkerzeug zurück und nahmen nur einen Dienstrevolver mit.

Letzte Telegramme.

Die französische Antwortnote in der Pfalzfrage.

WTB Paris, 8. Febr. Die französische Antwort in der Pfalzfrage, die überreicht wurde, hat folgenden Wortlaut:

„Sie haben geglaubt, im Schreiben vom 2. Februar auf die von der deutschen Regierung bereits früher gegen die französischen Behörden gerichteten Beschuldigungen, diese hätten die Separatisten in der Pfalz unterstützt, zurückkommen zu müssen. Die französische Regierung hat in ihrem Schreiben vom 4. Dezember diese Verleumdung ins rechte Licht gesetzt. Die Angaben, die sich auf die Vorgänge beziehen, werden durch keine Spur eines Beweises belegt und sind nicht triftiger begründet als die früheren. Unter diesen Umständen muß die **französische Regierung**, wie sie bereits in dem erwähnten Schriftstück mitgeteilt hat, **auf eine Beantwortung der von der deutschen Regierung vorgebrachten nicht begründeten Klagen verzichten.** Ferner verlangt die deutsche Regierung von der französischen Regierung, in der Pfalz die gesetz- und ordnungsmäßige Lage wiederherzustellen. Ich darf mich in dieser Hinsicht auf die Erklärung des französischen Botschafters in Berlin am 15. Dezember 1923 dem Außenminister Dr. Stresemann gegenüber und auf das Aide-Memoire beziehen, das am 11. Januar vom Ministerialdirektor Peretti della Rocca dem Botschaftsrat von Hösch übergeben worden ist. Das Pariser Kabinett das gewissenhaft den Buchstaben der Verträge respektiert, ist wie in der Vergangenheit so auch jetzt entschlossen, in die Zwistigkeiten der Deutschen untereinander nicht einzugreifen und wird sich dementsprechend auch in keine Unterhandlung mit der deutschen Regierung über innerdeutsche Fragen einlassen."

* Die französische Regierung glaubt mit einigen überheblichen Bemerkungen sich einer sachlichen Beantwortung der deutschen Note vom 2. Februar entziehen zu können. In der deutschen Note ist bereits festgestellt worden, daß die darin angeführten Tatsachen, die die Unterstützung der Separatisten durch die französischen Behörden und Besatzungstruppen beweisen, durch keine Ableugnung aus der Welt geschafft werden können. Diese Tatsachen sind ja nicht nur von deutscher Seite, sondern von einer großen Anzahl neutraler und sogar hervorragender alliierter Zeugen inwandfrei festgestellt worden. Die Franzosen vermeiden insbesondere, auf die in der deutschen Note gestellten Forderungen (Entwaffnung der Separatisten, Rückkehr der vertriebenen Einwohner usw.) einzugehen. Sie versuchen dagegen, es so darzustellen, als hätte die deutsche Regierung die französische Regierung um Unterhandlungen über innerdeutsche Angelegenheiten ersucht, während tatsächlich die deutsche Regierung sie aufgefordert hat, sich jeder Einmischung in deutsche innerpolitische Verhältnisse, insbesondere jeder unmittelbaren oder mittelbaren Unterstützung aufrührerischer Elemente in den besetzten Gebieten zu enthalten.

Wenn in der Antwortnote versichert wird, daß das Pariser Kabinett wie in der Vergangenheit so auch jetzt entschlossen sei in Zwistigkeiten der Deutschen untereinander nicht einzugreifen, ist diese Versicherung bezüglich der Vergangenheit durch die Tatsachen wiederlegt. Es bleibt demnach zu erwarten, daß es dem französischen Kabinett gelingt, in Zukunft das Verhalten der Besatzungstruppen in der Pfalz mit dieser Versicherung in Einklang zu bringen.

Das Koblenzer Schloß geräumt von Separatisten.

Frankfurt a. M. 8. Febr. (Drahtb.)

Wie die Frankfurter Zeitung auf eine Anfrage bei der Rheinlandkommission erfährt, trifft die Meldung über die **auf Befehl der Rheinlandkommission erfolgte Räumung des Koblenzer Schlosses durch die Separatisten zu.**

Endlose Mißhandlungen.

Meldung des Wolff'schen Telegraphenbüros.

Pirmasens 8. Febr. (Drahtbericht.)

Infolge der in Pirmasens noch herrschenden Anarchie haben die Geschäftsleute und die Bürgerschaft einen **Selbstschutz** gebildet. Dieser wurde von den Separatisten von der Straße weg in das Stadthaus geschleppt und **mißhandelt.** Von den Separatisten wurden Mitglieder des Selbstschutzes in das Bezirksamtsgebäude gebracht und **mißhandelt.**

Soziales.

Der Gemeindearbeiterstreik beendet.

t **Elberfeld**, 9. Febr. (Privatdrahtmeldung.) Der Ausstand der Elberfelder Gemeindearbeiter ist beendet. Die Ausständischen haben gestern mit überwiegender Mehrheit beschlossen, die Arbeit zu den im Schiedsspruch festgesetzten Stundenlohn von 52 Pfg. wieder aufzunehmen. Sie sind **heute wieder zur Arbeit erschienen.** Dadurch sind auch die **Barmer Bergbahn** und die **Städtische Straßenbahn wieder in Gang** gekommen. Der Ausstand in der Metall- und Textilindustrie dauert noch an. Es ist die Vermittlung des Reichsarbeitsministeriums angerufen worden.

Das Angebot der Zechenverbände von den Bergarbeitern abgelehnt.

Bochum, 8. Febr. Die Vertreter der Bergarbeiterverbände haben die Forderungen des Zechenverbandes auf Beseitigung des Grundlohnes, Abbau der Mindestlöhne, Aufwertung und Bezahlung der Deputatkohle und Abschaffung des wöchentlichen Zahlungstermins abgelehnt. Der Vertreter des Zechenverbandes erklärte darauf, daß der Tarifvertrag zum 1. April gekündigt sei.

Vermischtes.

Radeneltern.

Wie die Blätter aus Guben melden, wurde dort der Schuhmacher **Seidler und seine Ehefrau verhaftet, weil sie ihr 4 Monate altes Kind erstickt und die Leiche in einem Bodenverschlag versteckt** hatten. Nach ihrer Festnahme **gestanden** die Verhafteten schließlich, im Jahre 1922 **ein Zwillingspaar und ein 3 Monate altes Kind durch Ersticken umgebracht zu haben.**

Der Weltpostkongreß.

WTB Stockholm, 9. Febr. Die Eröffnung des Weltpostkongresses am 14. Juni in Stockholm mußte auf den 1. Juli verlegt werden, da zu einem früheren Zeitpunkt die Räumlichkeiten des Reichstags nicht zur Verfügung stehen.

Achtfacher Mörder.

WTB München, 8. Febr. Der Raubmörder Kager hat nunmehr eingestanden, einen **weiteren** Mord begangen zu haben. Damit hat sich die **Zahl seiner Morde auf acht** erhöht.

Wirtschaftliches.

Keine westfälischen Großhandelspreisnotierungen.

Meldung des Wolff'schen Telegraphenbüros.

Münster, 8. Febr. (Drahtb.) Heute wurden von der Preisprüfungsstelle keine Notierungen für die westfälischen Großhandelspreise festgesetzt.

Der neue Superphosphatpreis.

Berlin, 9. Febr. (Drahtmeld.) Die Superphosphatindustrie teilt mit, daß der **Preis für 1 Kg. wasserlösliches phosphorsaures Superphosphat** ab 11. 2 auf 52 Pfennig festgesetzt wird.

Die schlechte wirtschaftliche Lage des Siegerlandes.

Siegen, 9. Febr. Die wirtschaftliche Lage im Siegerland ist nach wie vor schlecht. Von 30 **Hochöfen** sind nur 6 im Betrieb, die wahrscheinlich demnächst auch noch ausgeblasen werden müssen. Die **großen Werke**, wie die Charlottenhütte, **liegen still. Die Zahl der Erwerbslosen** beträgt rund 15 000.

Mannesmannröhrenwerke und Micumverträge.

In der Aufsichtsratssitzung der Mannesmannröhrenwerke in Düsseldorf berichtete der Vorstand über das am 30. Juni abgelaufene Geschäftsjahr. Bei der Wirtschaftslage im besetzten Gebiet, die es unmöglich macht, Vermögen und Schulden der Gesellschaft auch nur schätzungsweise zu ermitteln, mußte von der Vorlegung einer förmlichen Bilanz und einer Gewinn- und Verlustrechnung abgesehen werden. Die Gesellschaft beabsichtigt, einen Aufschub für die Vorlegung der Bilanz und die Einberufung der o. G.-V. bei der Behörde zu beantragen. Der Vorstand wies nachdrücklichst darauf hin, daß die der Gesellschaft durch die Micumverträge auferlegten Leistungen untragbar sind.

Dortmunder Börsenbericht.

Dortmund, 8. Febr. (Drahtnachr.) Das Geschäft an der heutigen Börse war lebhaft bei steigenden Kursen, besonders in unnotierten Werten.

Kohlkuxe in Billionen Mark. Carolus Magnus 6250—7000, Konstantin 32—3500, Deutschland 625—750, Diergard 6750—7500, Graf Schwerin 11500—13000, Trappe 17—19000.

Kohlenaktien in Billionen Prozent Adler Kohle 24,5—26,5, Karl Friedrich 4—6, Webko 14—16, Montania 4—5, Ruhrkohle 7—8, Dahlbusch 60—70, Bekkerkohle 13—15.

Kalikuxe in Billionen Mark Alizenhalt 4—500, Alexanderhall 8750—9000, Erichssegen 3000—3400, Einigkeit 32—3600, Güntershall 3000—3300, Immenrode 2250—3000, Sachsen Weimar 1700, Solzmünde 4050—4500.

Kaliaktien Billionen Prozent Adlerkali 44—48, Hallesche Kali 40—44, Hannoversche Kali 45—46, Kaliindustrie 74—82, Salzdetfurt 46—50, Ummendorf 3—3,5, Krupershall 15,5—17,5.

Unnotierte Werte: Dortmunder Zement 875—1000, Hansabrauerei 26—28, Vulkan 11—13, Elsa Zement 950—1100, Kabel Rhendt 1550—1800, Uerdinger Waggon 1550—1900.

Berliner Werte in Billionen Prozent Bemberg 27 (Geld) Deutsche Erdöl 8085, Dortmunder Aktienbrauerei 30—32, Unionbrauerei 35—40, Hansa Lloyd 3—3,5, Harpener 91—99, Mannesmann 53 (Geld), Phönix 48—49.

Nächste Börse am Dienstag, dem 12. 2., nachm. 2einhalb Uhr.

Druck und Verlag:
Verlagsanstalt F. X. Ruegenberg, Olpe
verantwortlich für die Gesamtredaktion: Dr. phil. Albert Wand in Olpe; für die Berliner Redaktion: Dr. Krauß in Berlin-Schöneberg.

Bekanntmachung.

Vorauszahlungen und Vorauszahlungen der Gewerbetreibenden und Erwerbsgesellschaften auf die Einkommen- und Körperschaftssteuer, beide Steuern fällig am 10. Februar, letzter Zahltag der 17. Februar 1924.

a. Nach Art. I § 5 der 2. Steuernotverordnung sind Gewerbetreibende (Einkommensteuerpflichtige mit Einkommen aus Gewerbebetrieb und körperschaftssteuerpflichtige Erwerbsgesellschaften) mit einem Umsatz von mehr als 1½ Millionen Mark im Jahre 1922 zu monatlichen Vorauszahlungen auf die Einkommensteuer und Körperschaftssteuer 1924 verpflichtet, die jeweils mit der monatlichen Umsatzsteuerzahlung, also bis zum 10. eines jeden Monats, zu entrichten sind. Zugleich mit der Zahlung ist eine Voranmeldung über die Betriebseinnahmen des abgelaufenen Monats nach einem Vordruck abzugeben, der den Steuerpflichtigen in diesen Tagen durch die Post zugestellt werden wird. Diese Voranmeldung gilt als Steuererklärung im Sinne der Abgabenordnung.

b. Die Vorauszahlungen bemessen sich nach den Betriebseinnahmen abzüglich Löhne und Gehälter des abgelaufenen Monats und betragen 2 %. Die Betriebseinnahmen werden sich im wesentlichen mit dem Umsatz (steuerfreier und steuerpflichtiger Umsatz) decken. Insbesondere gehören zu den Betriebseinnahmen

1. Entgelte für Lieferungen und sonstige Leistungen des Betriebes.

2. Entnahmen von Gegenständen aus dem Betriebe, um sie zu Zwecken, die außerhalb der gewerblichen Tätigkeit liegen, zu gebrauchen oder zu verbrauchen.

3. Zinsen und sonstige Bezüge aus Forderungen und Wertpapieren, die zum gewerblichen Betriebsvermögen gehören.

c. Die erst später fällig werdenden Vorauszahlungen der Gewerbetreibenden mit einem Umsatz von weniger als 1½ Millionen Mark im Jahre 1922, der Landwirte und der freien Berufe werden noch bekannt gegeben werden.

Die hiernach zur Vorauszahlung Verpflichteten haben die von ihnen zu errechnenden Beträge am Fälligkeitstage an die Finanzkasse Olpe — Postscheckkonto Hannover Nr. 56 948 — (nicht an die örtliche Hebestelle) zu zahlen. Werden die Vorauszahlungen nicht rechtzeitig entrichtet, so sind Verzugszuschläge zu zahlen, die 5 % für jeden angefangenen halben Monat vom Fälligkeitstage ab betragen. Diese Zuschläge werden nicht erhoben, wenn innerhalb einer Frist von einer Woche nach dem Fälligkeitstage gezahlt wird.

Soweit den Steuerpflichtigen Vordrucke nicht zugesandt sind, können diese bei den Herren Gemeindevorstehern in Empfang genommen werden. (†1367)

Olpe, den 8. Februar 1924.

Das Finanzamt.

Frisch eingetroffen:
Harzer Käschen
Limburger Käse
la holl. Käse
Joseph Stahl, Olpe i/W.
(†1366) Fernruf 304.

Landwirte!
Maschinen und Geräte sind zu Friedenspreisen wieder lieferbar,
größtenteils ab Lager.
Anton Offermann & Sohn,
Gummersbach,
Mühlenstr. 20,
Fernspr. 242.

Fichtenpflanzen
Sämi. u. Verschulte
Kiefern, Banks- und Schwarzkiefern, Straßenbäume etc. in gesunder, kräftiger Gebirgsware, Kiefern billigst
Gebr. Hanses, Rinseke
b. Kirchhundem i. W. (Sauerland). w101

Reine
Wollgarnsocken
liefert am billigsten
Strickerei Hecker-Steins, Heinsberg/W. Preise frei

Antiker eichener
Bücher- und Aktenschrank
wegen Platzmangel zu verkaufen.
Regierungsrat
Dr. Zapfe, Attendorn.

Auf Bahnhof Eichen wird am Montag, dem 11. 2. 24. Nachm. 2 Uhr ein Posten

Brennholz

etwa 120 bis 150 Ctr. öffentlich an den meistbietenden gegen Baarzahlung verkauft werden für Rechnung dessen den es angeht. [†]370

Güter-Abt. Eichen.

Günstiges Angebot in Bettfedern!

	Goldmk.
Graue Federn Pfd.	1,80
„ Halbweiße „	2,70
Halbdaune „	3,65
Weiße Halbdaune „	4,75
Weiße Halbdaune „	5,90
Weiße Halbdaune „	8,20
Weiße Daunen „	12,80

Bettbarchent, prima

160	80 cm breit
5,50	2,75 Mark

Karl Hammer, Attendorn, Telefon 131.

Ia Confitüren und Gelee in Gläsern, ferner:

Apfelmus, Erdbeeren, Mirabellen, Junge Pfifferlinge; Gemüsekonserven, wie: **Schnittbohnen, Brechbohnen, jg. Erbsen etc** empfiehlt billigst (†366)

Joseph Stahl, Olpe i/W., Fernruf 304.

Thomasmehl, Ammoniak-Superphosphat, Kali und Kainit vorrätig. (†341

Wilh. Schleifer Nachf. Olpe.

Fertige Betten

in

altbekannter bester Qualität

Füllkräftige Federn u. Daunen

in verschiedenen Preislagen.

Bettbarchent

in allen Breiten — echt türkisch rot — garantiert federndicht

Bettdamast

BETTSIAMOSEN UND BETTKATTUN

Matratzendrell

Aeußerst günstige Preise. —— Zuverlässige Bedienung.

JOS. JUNKER, OLPE

Westfälische-Straße 42-44 :-: Fernsprecher 294.

Große Sendungen

Nähmaschinen

eingetroffen. Nur beste führende Marken wie

Pfaff, Phönix, Mundlos

Bedeutend herabgesetzte Preise. Zwanglose Besichtigung erwünscht.

Nähmaschinennadeln, Oel usw. stets vorrätig.

Christian Schöne, Olpe.

D. H. V.

Ortsgruppe Olpe.

Am Montag, dem 11. d. M. abends 8½ Uhr im Vereinslokal [†]376

Monats-Versammlung.

Tagesordnung wird bekannt gegeben. Vollzähliges Erscheinen dringend erforderlich.

Der Vorstand.

Dünger,

Häckselmaschine und einen fast neuen

Kuhwagen

zu verkaufen. (†352

August Höhner, Olpe, Bruchstraße 12.

Gottesdienst-Ordnung.

Sonntag, 10. Februar.

Kommunion-Sonntag der Jünglinge.

Pfarrkirche in Olpe.

St. Agatha-Feier.

13stündiges Gebet.

5¼ Uhr Aussetzung und hl. Messe.

7—8 Uhr hl. Messe mit Ansprache, gemeinsamer hl. Kommunion der Jünglings-Sodalität und mehrstimmiger Chorgesang.

½8—½9 Uhr Gemeinde Lütringhausen und Stachelau.

½9 Uhr hl. Messe mit gemeinsamer hl. Kommunion der Knaben der letzten Kommunikanten-Jahrgänge.

9—10 Uhr Gemeinde Rüblinghausen.

10 Uhr Levitenamt mit mehrstimmigen Chorgesang. [Missa in honorem St Raphaeli von Witt].

11—12 Uhr Gemeinde Dahl und Saßmicke.

12—1 Uhr Kaufmännischer Verein.

1—2 Uhr Kreuzbruderschaft.

2—3 Uhr Vesper und Andacht.

3—4 Uhr Jünglings-Verein und Jünglinge.

4—5 Uhr Jungfrauen- und Frauen-Vereine.

5—6 Uhr Gesellen- und Arbeiter-Verein.

6 Uhr Predigt u. darauf Prozession. Zum Schluß Te Deum und Segen.

Gesungen wird:

Von der Kirche bis zur 1. Station Nr. 205.

Von der 1. bis zur 2. Station Nr. 209.

Von der 3. Station bis zur Kirche Nr. 309.

Ordnung der Prozession: Knaben und Mädchen der Schulen, Jungfrauen mit Jungfrauen-Verein, Frauen mit Frauen-Vereinen, Kirchenchor, Engelchen, Sanctissimum mit Stadtvorstand zur Seite, Schwestern, Kreuzbruderschaft, Schmiedezunft, Kaufmännischer Verein, Jünglings-Verein, Gesellen-Verein, Arbeiter-Verein, Jünglinge und Männer.

Kapelle in Thieringhausen.

9 Uhr Hochamt mit Predigt.

Danksagung.

Für die uns anläßlich des Todes meiner unvergeßlichen lieben Frau, unserer herzensguten Mutter erwiesene große Teilnahme und Kranzspenden sagen wir allen

herzlichen Dank

Olpe, den 8. Februar 1924.

Franz Melcher u. Kinder.



Wiesenbauschule zu Siegen.

Mittlere technische Fachschule für Kulturtechnik, Straßenbau, Wasserversorgung usw. Vorbildung für die spätere Anstellung als Kulturbausekretär, Kreiswiesenbaumeister und Kreisbaumeister.

Aufnahmeprüfung: 3. April 1924.

Weitere Auskunft erteilt kostenlos

der Direktor: Dr. Breitenbach.

Verkauf von Möbeln und Haushaltungsgegenständen.

Am Mittwoch, dem 13. Februar, nachm. 1 Uhr werde ich in Olpe im Restaurant zum Schwanen folgende Gegenstände öffentlich meistbietend gegen bar verkaufen:

1 Kochherd, 1 Küchentisch, 1 Ausziehtisch, 1 Wanduhr, 1 Spiegel, 1 Ausziehtisch, 1 Küchenschrank, 1 Wäscheschrank, 1 Kleiderschrank, 1 Glasschrank, 1 Schreibtisch, 1 Sessel, 1 Bett kompl., 1 Nachtkonsole, 7 Stühle, Porzellan und sonstige Haushaltungsgegenstände.

Die Sachen sind gebraucht, aber in einem sehr guten Zustande. Der Verkauf findet bestimmt statt. Besichtigung ½ Stund vorher.

Olpe, den 8. Februar 1924.

(†379) **Rottmann.**

Selbsthülfeverkauf.

Am Montag, den 11. 2. 1924, vormittags 11 Uhr werde ich bei der Firma Nickel in Olpe, Martinstraße,

100 Stück 4zinkige Dunggabeln,
5 „ 9 „ Kartoffelgabeln in Buchenstiel,
2 „ 9 „ Steingabeln

gemäß § 373 H. G. B. öffentlich meistbietend gegen Bar verkaufen. Der Verkauf findet bestimmt statt. Besichtigung ¼ Stunde vorher.

Olpe, den 8. 2. 1924.

(†378) **Rottmann,** Gerichtsvollzieher

Die Vertretung

der Aabingia-Versicherungs-Aktien-Gesellschaft für Stadt u. Landkreis Olpe

ist neu zu besetzen. Bei Zusicherung von hohen Provisionssätzen wollen Bewerber mit guten Beziehungen, auch zur Industrie, schriftliche Anfragen richten an die (†377)

Generalagentur der Aabinga Versicherungs-Aktien gesellschaft Leue & Quadt, Siegen, Schnabelstr. 1, Tel. 1982.

Kohlen und Koks

in vorzüglichen Beschaffenheiten (hohe Heizwerte) aus eigenen Zechenbetrieben (Concordia, Oberhausen, Abt. der Rombacher Hüttenwerke) liefert

Firma Carl Spaeter, Coblenz.

Anfragen an Vertretung:

Karl Weber, Siegen,

Koblenzer-Strasse 12 w106

Fernsprecher 60 und 1906

Drahtanschrift: Eisenweber

Habe eine schwere

Fahrkuh

zu verkaufen, evtl. gegen leichtere zu vertauschen. Zu erfragen in der Geschäftsst. d. Bl. (†375)

Hochtragende gute

Milchkuh

sofort zu verkaufen.

Karl Hammer, Attendorn.

Mädchen

gesucht für 1 Kuh und Hausarbeit (†369

Gasthof Areus, Frettet

Mittwochs u. Samstags

Putzfrau

gegen Stundenlohn gesucht. Zu erfragen in der Geschäftsst. [†374

Kanzlei-Lehrling

ohne gegenseitige Vergütung sofort gesucht.

Olpe, den 8. Febr. 1924

†377 Das Finanzamt

Schlosser-Lehrling

per sofort gesucht. [†368

Drolshagener Papierwarenfabrik G. m. b. H. Drolshagen

Junger Kaufmann sucht

möbl. Zimmer

in Olpe gegen entsprechende Vergütung. Schriftl. Angebote unter †371 an die Geschäftsst. dss. Bls.